

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

22.5.1912 (No. 139)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 139

Mittwoch, den 22. Mai 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluss Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einzugsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Sof-Ansage.

Wegen Ablebens

Seiner Königlichen Hoheit des

**Herzogs Georg Wilhelm zu Braunschweig
und Lüneburg**

Königlichen Prinzen von Großbritannien und Irland
legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer
auf 10 Tage bis zum 30. Mai einschließlich nach der
4. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 21. Mai 1912.

Großherzogliches Oberstkammerherrn-Amt.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog**
haben sich unter dem 7. Mai 1912 gnädigst bewogen
gefunden, den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr
Liedolsheim:

Landwirt Johannes Sager,
Landwirt Wilhelm Friedrich Sager,
Landwirt Karl August Hummel,
Landwirt Karl August Kammerer,
Landwirt Wilhelm August Margrander,
Landwirt Christoph Friedrich Roth I,
Schuhmacher Adam Friedrich Roth und
Landwirt Gustav Albert Roth
das Ehrenzeichen für 40jährige treue Dienste bei der frei-
willigen Feuerwehr zu verleihen.

Die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hat
unter dem 20. Mai 1912 den Bezirksgeometer Julius Hamm
in St. Blasien nach Neustadt veretzt.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst für
Maschineningenieure betr.

Auf Grund von § 3 Absatz 2 der landesherrlichen Ver-
ordnung vom 2. Juli 1906, die Vorbereitung zum höhe-
ren öffentlichen Dienst für Maschineningenieure betref-
fend, ist Ingenieur Philipp Lüll aus Grenzhof
als Ingenieurpraktikant aufgenommen worden.

Karlsruhe, den 20. Mai 1912.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schulz.

Junghaus.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Der Reichstag und Elsaß-Lothringen.

Ein Teil der deutschen Presse hat die bekann-
ten Vorgänge in Elsaß-Lothringen und das
dortige herborgerufene Kaiserwort mit so ver-
ständnislosen Glossen bedacht, daß der besonnene und
patriotische Ton mehrerer anderer Blätter um so an-
genehmer auffallen muß. Erwähnung verdient ein Leit-
artikel, in dem die *Badische Landeszeitung* jene Ereig-
nisse bespricht. Der Artikel ist als Redaktionsarbeit ge-
kennzeichnet und zeugt von genauer Kenntnis der reichs-
ländischen Verhältnisse. An dem Tage, als die Äuße-
rungen des Kaisers in Straßburg bekannt wurden, hatte
die *Bad. Landeszeitung* in Übereinstimmung mit un-
seren eigenen Informationen aus Berlin geschrie-
ben: „Es wird in den nächsten Tagen nicht
an staatsrechtlichen Auseinandersetzungen fehlen,
die den Kaiser darüber belehren werden,
daß nicht er und seine Regierung die reichsländischen Zu-
stände ändern oder gar Elsaß-Lothringen in Preußen
einverleiben können, sondern daß dazu das Zusammen-
wirken aller gesetzgeberischen Faktoren gehört. Das aber
weiß der Kaiser allein ganz genau und er hat selbstver-
ständlich seine Äußerung auch nicht wörtlich genommen

wissen wollen. Er hat vielmehr nur sagen wollen, daß
bei der Fortdauer des gegenwärtigen Französlertums in
den Reichslanden die Regierung sich genötigt sehen würde,
andere Saiten aufzuziehen.“ Diese Auffassung ist nun
auch, wie das genannte Blatt betont, vom Reichskanzler
in seiner Rede vom Freitag vertreten worden. Der
Reichskanzler hat ganz mit Recht nicht die Form der
Kaiserworte in den Vordergrund gestellt, sondern ihren
Kern, ihren sachlichen Inhalt. Darauf kommt es doch
schließlich in erster Reihe an und da kann man nur sagen,
daß der Kaiser Millionen von guten Deutschen aus dem
Herzen gesprochen hat. Die wachsende Unerschämtheit
des reichsländischen Französlertums müsse jeden guten
Deutschen mit steigender Erbitterung erfüllen. Weiter
heißt es dann in dem Artikel:

„Dem Reichskanzler ist es gewiß nicht leicht geworden,
im Reichstage gegen die Zustände im Reichslande scharfe
Worte zu finden. Ist es doch er gewesen, der den An-
trieb dazu gegeben hat, den Versuch zu machen, durch ein
großherziges Geschenk die Bewohner der Reichslande
nationaler deutscher Gesinnung entgegenzuführen. Er
vor allem muß also von tiefem Bedauern über das —
wenigstens augenblickliche — Mißlingen dieses Verjüng-
ungsversuchs erfüllt sein. Er hat die Reichslande wie
ein wohlwollender Vater behandelt und wenn er jetzt
andere Saiten aufziehen müßte, so würde er dasselbe
Empfinden haben, wie ein liebevoller Vater, der ein un-
erzogenes Kind bestrafen muß.“ Nach Ansicht der *Bad.
Landeszeitung*, über deren Berechtigung hier nicht zu
urteilen ist, wird ihm kein anderer Ausweg übrig blei-
ben. „Es liege an den Elässern selbst, ob man die
Reichslande als ein erkranktes Glied des deutschen Ge-
samtkörpers anzusehen haben wird. Gewisse krankhafte
Symptome seien zweifellos vorhanden und wenn sich das
Fieber steigert, so werde eine Operation sich vielleicht
als notwendig erweisen und der Reichstag selbst werde
das Messer zu führen haben. Ein Teil der Reichstags-
abgeordneten sei in der Sitzung vom Freitag über diese
unbelegliche Möglichkeit schon klar gewesen. Abgeord-
nete der alten Kartellmehrheit von 1887 hätten sich auf
den Standpunkt der Regierung gestellt. Selbst der Red-
ner der Fortschrittlichen Volkspartei habe . . . am Ein-
gange seiner Rede die Lancierung der Indiskretion über
die kaiserlichen Äußerungen in eine der deutschfeindlich-
sten französischen Blätter als eine „Schamlosigkeit“ be-
zeichnet. Schon allein dieser Vorgang tue zur Genüge
dar, wie berechtigt vom sachlichen Standpunkt aus der
Umwille des Kaisers gewesen ist.“

Die *Badische Landeszeitung* sagt dann zum Schluß:
„Eine Schamlosigkeit war auch die Debatte ein-
leitende Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten
Scheidemann, und es wäre nur zu wünschen gewesen,
daß der Präsident des Reichstages etwas schneller, als es
geschehen ist gegen den Vizepräsidenten a. D. eingeschritten
wäre. Wenn die Sozialdemokraten so fortführen, so
werden sie selbst dafür sorgen, daß nicht wieder 110 ihrer
Gesinnungsgenossen in den Reichstag hineinkommen.
Denn ebenso wie die Unerschämtheit der elssässischen
Französlinge das deutsche Volk mit steigender Erbitter-
ung erfüllt, so empört auch die Untergrabung des par-
lamentarischen Anstandes durch die Sozialdemokratie
einen jeden, der noch zwischen einem Parlament und
einer Kasse einen Unterschied zu machen weiß.“

Das ist eine außerordentlich scharfe Sprache, deren
Form wir uns natürlich nicht zu eigen machen, deren
sachliche Berechtigung wir aber durchaus begreifen.

Reichstag.

Berlin, 20. Mai.

Am Bundesratssitz Staatssekretär Dr. Delbrück, Un-
terstaatssekretär Wahnschaffe. Präsident Dr. Kämpf er-
öffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tages-
ordnung steht zunächst die erste Lesung der am 29. Sep-
tember 1911 in Berlin unterzeichneten Verträge mit Bul-
garien, und zwar eines Konsularvertrages, eines Ver-
trages über Rechtschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen
Angelegenheiten und eines Auslieferungsvertrages. Nach
kurzer Debatte werden die Verträge in erster und zweiter
Lesung angenommen. Es folgt die erste Lesung eines
Ergänzungsetats.

(Mit einer Landtagsbeilage.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Dieser Nachtragsetat ent-
hält die Forderung von 7500 Mark für Vorarbeiten zum
Ausbau des Reichstagsgebäudes und 250 000 Mark für
eine Versuchsanstalt für Luftschiffahrt. Diese Forderung
entspricht früheren Resolutionen des Hauses.

Abg. Spahn (Zentr.): Wir werden der Vorlage zustim-
men, obgleich wir es lieber gesehen hätten, eine Reichs-
anstalt für Luftschiffahrt zu gründen.

Abg. Waffermann (natl.): Mit dieser Vorlage wird ein
Herzenswunsch des Grafen Zeppelin erfüllt. Eine Reichs-
unterstützung für dieses Privatunternehmen ist notwen-
dig.

Die Vorlage wird ohne Kommissionsberatung auch in
der sich sofort anschließenden zweiten Lesung angenom-
men. Es folgt die zweite Lesung des Gesekentwurfes
betr. Beseitigung des Branntweinkontingents.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Aufhebung der Liebesgabe, wie sie sich jetzt gestaltet hat,
würde bedeuten, daß die Armen der Armen die Lasten über-
nehmen. Das Kontingent für die Brennerer hat an Bedeu-
tung verloren. Deshalb sollte auch seine Aufhebung leichter zu
erreichen sein. Die Regierung will jetzt die Liebesgabe auf-
heben, aber nicht um ein altes Unrecht wieder gut zu machen
und ein anrüchliches Gesetz zu beseitigen, sondern um höhere
Reichseinkünfte zu erzielen. Wir sind natürlich nicht dafür
zu haben, diese Konsumsteuer mitzumachen. Deshalb haben
wir uns in der Kommission bereit erklärt, für eine Erweite-
rung der Erbschaftsteuer einzutreten, um dadurch der Regie-
rung die Möglichkeit zur Bilanzierung des Etats zu geben.
Wir wollen in der Tat einmal sehen, ob eine Mehrheit für
eine solche Besteuerung hier im Plenum zu finden sein wird.
Wir erjühen Sie erneut, Ernst zu machen mit der Abschaffung
der Liebesgabe, die hier nur scheinbar versucht wird.

Abg. Speck (Zentr.):

Eine rechte Freude hat niemand an der jetzigen Vorlage.
Die Materie der Branntweinsteuergesetzgebung ist so schwierig,
daß nicht einmal die Parteien in sich geschlossen sind. Das
Schlagwort „Liebesgabe“ ist ein gefährliches Agitationsmittel.
Die wenigsten Agitatoren haben überhaupt einen Begriff von
dem Wesen der Liebesgabe (Sehr richtig!). Bisher klang es
so, als ob die Liebesgabe ein Geschenk an die ostelbischen Zün-
fter sei. Und jetzt soll die Aufhebung eine Belastung des Volkes
sein (Sehr gut!). Wenn wir die Vorlage nicht annehmen,
so stellen wir das Reich wieder vor ein Defizit (Zurufe: Erb-
schaftsteuer!). Die Liebesgabe von 16 Millionen Mark war,
wenn sie überhaupt ein Geschenk war, ein Geschenk an die Kon-
sumenten, nicht an die Produzenten. Wenn wir der Vorlage
zustimmen, so geschieht es, weil wir endlich das Schlagwort
„Liebesgabe“ aus der Welt schaffen wollen und weil wir die
großen Vorteile der Vorlage für die kleinen Brennerer nicht
unterschätzen. Die kleineren und mittleren Brenner erhalten
eine wesentliche Vergünstigung gegenüber dem jetzigen Zustand
und diese Vergünstigung ist namentlich für unsere Verhältnisse
in Süddeutschland von ausschlaggebender Bedeutung. Dann
stimmen wir aber auch zu, weil der Kleinhandel mit denatur-
iertem oder, wie er jetzt heißt, mit vergälltem Spiritus er-
leichtert wird. Dadurch wird einer alten Beschwerde Süd-
deutschlands entgegengetreten.

Abg. Reinath (natl.):

Wir halten es auch nicht für glücklich, daß die Regierung ge-
rade in diesem Moment mit dieser Vorlage gekommen ist. (Der
Reichstagsstenograph Dr. Neupert wird von einer *Donnerstags-
befallen*. Mehrere Abgeordnete tragen ihn aus dem Saal. Die
Abgeordneten Dr. Strube und Dr. Beder bemühen sich um den
Erkrankten. Nach einer größeren Unterbrechung wird die Ver-
handlung fortgesetzt. Redner fährt fort: Der Konsumenten-
treife hat sich naturgemäß eine große Erregung bemächtigt.
Der Verbrauch von technischem Spiritus hat in den letzten Jah-
ren unablässig zugenommen, auch durch Unterstützung der ge-
setzlichen Maßnahmen. Wir stimmen in unserer Mehrheit
der Vorlage zu. Es wäre ein politischer Fehler von Seiten der
Linken, wenn sie in dem Augenblick, wo die Regierung und die
große Mehrheit der Rechten die Hand dazu bieten, nicht zu-
stimmten. Dieses Wort „Liebesgabe“ aus dem politischen
Wortschatz auszuschalten.

Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß mehrere An-
träge auf namentliche Abstimmung vorliegen. Nach einer
längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschloffen, diese
Abstimmung nicht erst in einer der nächsten Sitzungen,
sondern schon heute vorzunehmen.

Abg. Doormann (fortschr. Volksp.): Wir werden alle
materiellen Bedenken gegeneinander abwägen und behal-
ten uns unsere definitive Stellungnahme zur Vorlage
vor.

Abg. Graf v. Brudzew-Mieljynski (Pole): Wir stim-
men für die Vorlage, wie sie aus der Kommission herbor-
gegangen ist.

Abg. Frhr. von Camp-Masauen (Reichsp.): Die not-
wendige Folge der Aufhebung der Liebesgabe ist die Er-
höhung der Preise für gewerblichen Spiritus. Wenn wir
der Vorlage zustimmen, handeln wir damit namentlich
im Interesse Süddeutschlands.

Abg. Will-Schlettstadt (Elsässer): Wir wünschen möglichst Erleichterungen für die kleinen Brenner.

Abg. Weill (Soz.):

Wir verlangen, daß die Erträge dieser neuen indirekten Steuer verwendet werden für die Kriegsteilnehmer und die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 65 Jahre. Die Nationalliberalen haben durch ihr Verhalten in der Kommission die Durchführung der Erbschaftsteuer unmöglich gemacht. Lassen wir die Erträge dieser Steuer in Zukunft tatsächlich jenen zukommen, die es wirklich gebrauchen, nämlich Kriegs- und Industriebeteranen.

Abg. Kölsch (natl.): Die Minderheit meiner Fraktion tritt dieser Vorlage entgegen. Wir stimmen der Herabsetzung der Branntweinsteuer zu und hätten die Einführung der Erbschaftsteuer gewünscht.

Abg. Wurm (Soz.): Auch die Herren von der Rechten sollten unserem Antrage beipflichten und die Ehrenschuld den Veteranen gegenüber einlösen. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Kreth (konf.):

Es ist auf meine Tätigkeit in der Spirituszentrale hingewiesen worden. Seitdem Sie (zu den Sozialdemokraten) den Spiritus kontrolliert haben, fehlt er Ihnen gänzlich. Bei mir ist er aber in großer Menge vorhanden (Große Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Fufel!). Politisch wird von der Spirituszentrale nicht getrieben. In der Geschäftsführung sitzen ein Nationalliberaler und ein Fortschrittler.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Wurm (Soz.), Kreth (konf.) schließt die Generaldebatte. § 1a befaßt in seinem ersten Teile, daß das Kontingent der Branntweinbrennereien für Bayern, Württemberg und Baden aufrecht erhalten, im übrigen aber beseitigt wird. Der niedrige Abgabefuß von 1.05 M. für das Liter Alkohol wird aufgehoben. Die Sozialdemokraten beantragen, zu sagen: „der höhere Abfuß von 1.25 M.“. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. § 1, Abgabensatz, will aus dem Ertrag der Verbrauchsabgabe der Einnahme an Betriebsaufgabe jährlich 16 Millionen zuführen, die zur Erhöhung der Vergütung für vergällten Branntwein zu verwenden sind. Die Sozialdemokraten beantragen, die 16 Millionen als Beihilfe an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer zu verwenden. In namentlicher Abstimmung wird auch dieser Antrag mit 203 gegen 147 Stimmen abgelehnt. § 1 wird in der Fassung der Kommission angenommen. Bei § 2 beantragt

Abg. Dr. Südekum (Soz.) Streichung der Bestimmung, daß die Staffeln für die süddeutschen Staaten nicht ohne Anhörung der betreffenden Staaten geändert werden könne.

Staatssekretär Kühn: Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Es stimmen für Aufrechterhaltung der Kommissionsfassung 219, dagegen 126 Abgeordnete, zwei Stimmen sind ungültig. § 3 wird nach einer kurzen Debatte unter Ablehnung des sozialdemokratischen Änderungsantrags in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso ohne wesentliche Debatte § 4 und folgende, § 7a, der die Herabsetzung des Kontingents für gewerbliche Brennereien auf 3000 Hektoliter vorschreibt, wird auf Antrag des Abg. Dietrich (konf.) gestrichen. Bei § 7b tritt Abg. Davidsohn (Soz.) zur Bekämpfung der Bleiweiserkrankungen für Begünstigung derartiger Betriebe beim gewerblichen Alkoholverbrauch ein.

Abg. Schweickardt (Fortschr.) vertritt einen Antrag seiner Partei auf anderweitige Festsetzung der Steuern für Überbrand.

Der Antrag der Sozialdemokraten, die für Bleiweiserherstellung benötigten Mengen unvollständig vergällten Alkohols von der Vergütung auszuschließen, wird angenommen. Im übrigen bleibt es bei den Beschlüssen der Kommission. Bei § 14b beantragt Abg. Gerstenberger (Zentr.) in § 110 des Branntweinsteuergesetzes die Rückvergütung der zur Herstellung von Essigsäure benötigten Alkoholvolumen von 30 auf 20 M. herabzusetzen.

Abg. Wurm (Soz.) tritt für Streichung des ganzen § 111 ein.

Beide Anträge werden abgelehnt. Die Kommissionsfassung wird auch hier angenommen. Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen. Darauf wird die nächste Sitzung auf Dienstag 11 Uhr vertagt: Militärluftfahrts-Versorgegesetz: Etatsreste und kleine Vorlagen.

Deutsches Reich.

* Der Kronprinz in Danzig.

In der letzten Nummer des „Lärners“ war ein Aufsatz erschienen, der darüber Klage führte, daß der deutsche Kronprinz seinem Danziger Regimente gar zu oft fern sei und „seit September vorigen Jahres wirklich strammen Dienst noch niemals und nirgends habe tun können“. Dann wurde aufgezählt, wie oft der Kronprinz in Berlin gewesen oder sonst verreist gewesen sei, und schließlich erklärte der Verfasser, daß sich die an die Verletzung des Kronprinzen nach Langfuhr geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt hätten. Der Artikel gab sich den Anschein, als sei er von der Sorge eines älteren Offiziers um das Danziger Infanterieregiment, um die militärische Ausbildung des Kronprinzen oder sonst was diktiert worden, und als wolle der Verfasser — er nannte sich Günther von Vielrogge — gewissermaßen als Wortführer des deutschen Offizierkorps bei der Äußerung solcher Bedenken gelten. Die Äußerungen des Herrn von Vielrogge werden jetzt von der „Leipz. N. N.“ gebührend

in die Schranken verwiesen. Das Leipz. Blatt schreibt: „Zunächst darf in Betracht gezogen werden, daß die Pflichten eines Regimentskommandeurs, wie sie dem Kronprinzen obliegen, doch wohl etwas durch seine Stellung als Thronfolger modifiziert werden, und daß ein einseitiges Aufgehen im militärischen Dienste ihm sicherlich ebenso sehr verdächtig werden würde, wie das beim Gegenteil der Fall ist, wenn man nämlich Herrn Günther von Vielrogge glauben will. Dieser Herr ist aber sehr wenig berufen, im Namen der deutschen Armee das Wort zu ergreifen, denn wie wir hören, verbirgt sich hinter jenem klangvollen Pseudonym ein in Dresden wohnender ehemaliger Oberleutnant, der des ihm bei seiner Verabschiedung zuerkannten Rechtes, die Militäruniform zu tragen, für verlustig erklärt worden ist. Die Wünsche und Hoffnungen der Armee dem Kronprinzen in Form eines Zeitungsartikels vorzutragen und ans Herz zu legen, ist der Verfasser also so schlecht als möglich qualifiziert.“

* Die Gründung des Nationalliberalen Reichsverbandes.

Die parteiamtliche Berliner „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit, daß die Organisation des rechten Flügels der Partei nunmehr vollzogen ist; die Organisation wird den Namen „Nationalliberaler Reichsverband“ führen, und der frühere Reichstagsabgeordnete Fuhrmann, der bisher Generalsekretär der Partei war, ist als geschäftsführendes Vorstandsmitglied in die Leitung des Verbandes eingetreten. Die „Berliner Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt dann folgendes:

„An obiger Mitteilung ist zweierlei von allgemeiner Bedeutung; einmal, die Bekanntgabe der Tatsache, daß nunmehr die Organisation der sogenannten „Altliberalen“ geendet ist, zum zweiten, daß Fuhrmann zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied dieser Organisation ernannt wurde. Im Interesse der Gesamtpartei kann — bei aller Anerkennung der bisherigen Arbeit des Herrn Fuhrmann — dessen Ausscheiden aus seinem bisherigen Parteiamt nur begrüßt werden. Notwendig ist aber — falls eine Wiederbesetzung dieses Amtes erfolgen sollte —, daß es mit einem Mann besetzt wird, der als Generalsekretär der Gesamtpartei tätig ist und sich nicht als Vertreter einer Richtung fühlt. Man wird dieses Verlangen um so eher stellen müssen, als Generalsekretär Freihaupt, eine Persönlichkeit, die die Sympathien der Gesamtpartei besitzt, politisch nach rechts neigt. Aber die Gründung des sog. „Nationalliberalen Reichsverbandes“ wird eine Aufregung, wie sie wohl jetzt von „befeindeten“ Seiten inszeniert wird, nicht nötig sein. Die Männer, welche aus dem Berliner Parteitag so wenig gelernt haben, daß sie sofort nach dessen Beendigung an die Gründung einer Sonderorganisation gingen, sind mit dieser Handlungsweise vor der Öffentlichkeit von selbst gerichtet. Etwas Neues stellt im übrigen dieser Reichsverband nicht dar. Denn eine Organisation der Westfalen, Schleswig-Holsteiner und Sachsen (Provinz Sachsen) bestand im geheimen schon längst. Auffallend bleibt aber die irreführende Bezeichnung „Nationalliberal“! Um dem neuen Verband Effizienz und Berechtigung zu geben, wird er als „Altersbewegung“ innerhalb der Partei bezeichnet, im Gegensatz zur Jugendbewegung und damit mit einem falschen Namen belegt. Auch diese Tatsache kennzeichnet die neue Organisation treffend, deren Leistungen abzuwarten sind. Weiter erübrigt es sich, sich mit ihr eingehender zu befassen.“

Der Kieler Generalsekretär der nationalliberalen Partei veröffentlicht in einer Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ Näheres über die Absichten der neuen Organisation. Er schreibt u. a.:

„Die hinter dem „Verband der Altliberalen“ — um einmal diese kurze Bezeichnung zu gebrauchen — stehenden Kreise haben ebenso wie die übrigen Teilnehmer des Vertretertags den Eindruck mitgenommen, daß die Partei eine von rechts und von links unabhängige liberale Mittelpartei bleiben will. Wenn sie sich gleichwohl in einem Verband zusammenschließen, so haben sie dabei nichts anderes im Sinn, als der Partei den mittelparteilichen Charakter zu sichern. Die „altliberale Organisation“ wird lediglich ein Gegenwicht zur „jungliberalen Organisation“ bilden. Die Bildung einer „altliberalen Organisation“ ist übrigens die selbstverständliche Folge der Beschlüsse des Vertretertags. Denn mit dem Verlassen des jungliberalen Reichsverbandes mit eigener Spitze außerhalb der Parteiorganisation ist den „Altliberalen“ das legale Recht eingeräumt, sich ebenfalls außerhalb des offiziellen Parteirahmens in einer besonderen Organisation zusammenzuschließen. „Die „Altliberalen“ haben lediglich nach dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle! gehandelt. Da beide Teile bei dieser Neuordnung der Parteiorganisation eine große Verantwortung auf sich nehmen, werden sie bei ihrer künftigen Wirksamkeit gleichermäßen von dem ernstlichen Bestreben durchdrungen sein müssen, die Einheit und Geschlossenheit und damit die Stohkraft der Partei zu erhalten.“

Aus den beiden Publikationen, der der „Nationallib. Korr.“ in Berlin und der des Kieler Generalsekretärs ergibt sich, daß die vom Abg. Krause geäußerten Zweifel, ob die auf dem Berliner Parteitag vollzogene Einigung für die Zukunft ausreichen werde, nur zu berechtigt waren. Von einem Teil der nationalliberalen Presse wird die Neugründung scharf verurteilt.

* Übersicht.

Der Kaiser wird zum Stapellauf des Dampfers „Imperator“ am Donnerstag, den 23. Mai, vormittags, mit großem Gefolge in Hamburg eintreffen und daselbst von den Bürgermeistern Dr. Burchard und Dr. Schröder empfangen werden. Die Bürgermeister werden den Kaiser nach den St. Pauli-Landungsbrücken geleiten, von wo die Fahrt nach der Vulkanwerft um 9 Uhr angetreten wird. Bürgermeister Dr. Burchard wird die Taufrede halten und der Kaiser die Taufe des Schiffes vollziehen. Nach dem Stapellauf, gegen 10 Uhr, begibt sich der Kaiser von den St. Pauli-Landungsbrücken nach der preussischen Gesandtschaft. Um 12 Uhr wird der Kaiser im Hause von Bürgermeister Dr. Burchard das Frühstück einnehmen. Soweit bisher bekannt, gedenkt der Kaiser etwa um 2½ Uhr nachmittags vom Dammtor-

bahnhof die Weiterreise anzutreten. An dem Stapellauf und an dem Frühstück bei Bürgermeister Dr. Burchard wird auch Herzog Albrecht von Württemberg teilnehmen.

Der Kaiser sandte an Bürgermeister Dr. Burchard zur 25jährigen Wiederkehr des Tages, an welchem dieser zum Bevollmächtigten des Bundesrats ernannt wurde, ein Glückwunschtelegramm und ließ durch den preussischen Gesandten ein besonders schönes Orchideenarrangement überreichen. Ebenso telegraphierte Großherzog Friedrich August von Oldenburg warme beglückwünschende Worte. Vom Bundesrat ging ihm eine außerordentlich schöne Blumengabe und ein in sehr freundlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben zu. Auch der Reichskanzler und eine Reihe Bundesratsbevollmächtigter sprachen dem Bürgermeister Glückwünsche aus.

Der König von Württemberg hat, wie der „Staatsanzeiger“ meldet, dem preussischen General der Infanterie und kommandierenden General des 15. Armeekorps, von Fabeck, das Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone verliehen; ferner dem General der Infanterie und Direktor der Kriegsakademie, Freiherrn von Manteuffel, sowie dem Generalstabsarzt der Armee und Chef des kgl. preussischen Sanitätskorps und Direktors der Kaiser Wilhelm-Akademie für das militär-rechtliche Bildungswesen, Prof. Dr. Schjening, und dem Generalleutnant und Direktor im Zentraldepartement im kgl. preussischen Kriegsministerium von Wachs das Großkreuz des Friedrichsordens und dem Generalleutnant und Feldzeugmeister Buecking das Komturkreuz erster Klasse des Friedrichsordens verliehen, dem Geheimen Regierungsrat Professor Busley-Werlin wurde das Komturkreuz des Ordens der württembergischen Krone verliehen.

Über die Gemährung der Ostmarkenzulagen, die bekanntlich bei der zweiten Beratung des Postetats vom Reichstag abgelehnt worden waren, ist laut „Köln. Ztg.“ für die dritte Lesung eine Verständigung zustande gekommen. Es wird, wie es heißt, der Antrag gestellt werden, Zulagen in der Höhe der bisherigen Ostmarkenzulagen in allen gemischtsprachigen Distrikten zu gewähren, in denen mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sich einer nichtdeutschen Sprache bedienen.

Der Staatskommissar bei der Berliner Börse hat folgendes Schreiben an den Börsenvorstand gerichtet: Der Umfang, den die Spekulation neuerdings namentlich auf dem Kassamarkt annimmt, gibt zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Anscheinend ist es das Publikum, das durch seine Kaufaufträge die ungewöhnlichen Kurssteigerungen der letzten Tage veranlaßt hat. Die Befürchtung liegt nahe, daß ein nach allen Erfahrungen unaussprechlicher Erfolg, der nun so zeitiger und plötzlicher eintreten muß, je mehr sich die Übertreibungen häufen, für sehr weite Kreise sehr schwere Verluste bringen wird. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Banken und Bankiers sich dem Ernst der Lage nicht verschließen und durch Warnungen und Kreditbeschränkungen ihre Kundenschaft zur Mäßigung anzuhalten suchen. Ein durchgreifender Erfolg ist aber bisher noch nicht zu verzeichnen. Ich verkenne nicht, daß dem Börsenvorstand Mittel zur Unterdrückung der Mißstände kaum zu Gebote stehen. Unter den obwaltenden Umständen halte ich mich gleichwohl für verpflichtet, Maßnahmen zur Erwdgung zu stellen, die wenigstens zu einer Milderung führen könnten. Insbesondere dürfte zu prüfen sein, ob es angängig ist, im Kassageschäft an dem System des Einheitskurses ausnahmslos festzuhalten. Ich behalte mir vor, andere Anregungen mündlich vorzutragen und beehre mich daher zu ersuchen, die Gelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Börsenvorstandes zu legen.

In der Abstimmung über die Wahlrechtsanträge lehnte das preussische Abgeordnetenhaus in einfacher Abstimmung die Anträge Aronsohn und Friedberg ab. Der Eventualantrag Aronsohn auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, noch in dieser Session für die Wahlen das allgemeine, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe einzuführen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 188 Stimmen gegen 158 Stimmen abgelehnt bei einer Stimmenthaltung.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende parteioffizielle Mitteilung: „Die Genossen Scheidemann und Dr. Lensch haben, in Übereinstimmung mit der Fraktion, von der Einbringung einer Beschwerde gegen die ihnen in der Reichstagsitzung vom 17. Mai erteilten Ordnungsrufe Abstand genommen. Die Ordnungsrufe waren nur möglich, weil der Präsident sich der Situation nicht gewachsen zeigte und ein Maß von Direktionslosigkeit bewies, das seinen Ordnungsrufen jede sachliche Bedeutung nahm.“ Die „Leipz. N. N.“ bemerken hierzu: „Das sind recht bittere Worte für den Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf. Um so bitterer, als er jetzt einsehen muß, daß ihm nur noch der Platz zwischen zwei Stühlen frei bleibt. Bekanntlich hat der Reichskanzler am Freitag den Sitzungssaal des Reichstags verlassen, weil Herr Kaempf die Schmärgungen Scheidemanns nicht rechtzeitig mit einem Ordnungsruf rügte. Das ist die eine bedenkliche Seite seiner Geschäftsführung. Wenn ihm nunmehr auch die sozialdemokratische Fraktion noch die „Direktionslosigkeit“ seiner präsidentialen Tätigkeit beisehnt, so muß man sagen, daß sich jetzt in der abfälligen Kritik so ziemlich alle einig sind.“

Die „Weserzeitung“ in Bremen, eines der angesehensten fortschrittlichen Blätter, proklamiert in ihrer Nummer vom 19. Mai einen „Großklub der antändigen Leute“, der seine Spitze gegen die Sozialdemokratie zu richten habe.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. Mai.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute früh den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Nach Eintreffen der Nachricht von dem Ableben Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Georg Wilhelm, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, begaben sich Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, sowie Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise mit Ihrer Majestät der Königin von Schweden zu Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Max, um Höchstihre Teilnahme auszusprechen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm um 11 Uhr den Vortrag des Ministers Dr. Böhm entgegen. Später empfingen die Höchsten Herrschaften den Besuch Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Herzogin von Anhalt.

Um 1/2 1 Uhr meldete sich bei Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog der Oberst Nieland, Kommandeur des 5. badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, bisher Kommandeur des Landwehrbezirks IV Berlin.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute nachmittag nach 2 Uhr nach Bretten zur Teilnahme an der Landestuberkulose-Versammlung.

Gegen Abend hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai.

Die Ausstellung des Badischen Landeswohnungsvereins in Karlsruhe.

Der Badische Landeswohnungsverein betrachtet es bekanntlich als eine seiner Hauptaufgaben, das Interesse für die Besserung der Wohnungsverhältnisse in weite Kreise zu tragen und dadurch den praktischen Reformbestrebungen den Weg zu ebnet. Dieser Aufklärungsarbeit soll die umfangreiche Wanderausstellung dienen, die mehr noch als Lichtbilder, Vorträge und Broschüren ein anschauliches Bild von dem komplizierten Gebiet des Wohnungswezens gibt. Diese Wanderausstellung wird jetzt zum erstenmal in der Landesgewerbehalle in Karlsruhe vom 19. Mai bis 9. Juni gezeigt. (Geöffnet: Wochentags von 8 bis halb 10 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10—12 und 2—7 Uhr.) Gleich beim Eingang finden wir ein Schlafzimmer und Küchenmodell nach Entwürfen von Niernschmidt, die recht anschaulich zeigen, wie schon ganz einfach getriebene Möbel wirken können, wenn sie anständige Formen erhalten. Die nächste Abteilung bringt interessantes Material über Wohnungsstatistik in Baden und einige Musterbeispiele städtischer Boden- und Wohnungspolitik. Auch der wichtige Frage des Leihwohnens ist eine Wand gewidmet, auf der Abbildungen von Leihwohnheimen in England, Österreich und Deutschland gezeigt werden. Besonders eingehend ist die Frage des Bauwohnens behandelt. Wir finden darin einen großzügigen Bebauungsplan von Herrn Geh. Baurat Baumeister für die Vorortsgemeinden von Hamburg, ein sehr interessantes Beispiel für den Nutzen einer freiwilligen Grundstücksumlage in einer kleinen Gemeinde (Erfingen, Bez. Pforzheim), einen interessanten Bebauungsplan für die Stadt Waldshut von Ingenieur Lohmann mit Vorschlägen für die Überbauung von Architekt Göttel. Besondere Beachtung verdienen die Beispiele für die Aufschließung größerer Grundstücke oder Baublocks durch Wohnstraßen. Wir finden da eine Reihe von Abbildungen aus Deutschland und England. Bei dem Material der Baugenossenschaft Ideal, Rixdorf bei Berlin, finden wir die Angaben, daß durch die Verbilligung der Straßenkosten es möglich wurde, auf einem Gelände, das zum Preise von 18 M. für das Quadratmeter gekauft werden mußte, noch kleine Einfamilienhäuser in Reihen gebaut werden konnten. Ja, es hat sich sogar herausgestellt, daß der Bau dieser Kleinhäuser wirtschaftlicher war, als die Errichtung der gleichen Wohnungen in mehrstöckigen hohen Mietshäusern und die Miete eines derartigen Einfamilienhauses etwas billiger ist, als die Miete einer gleichgroßen Wohnung, in den bisher von der Genossenschaft gebauten großen Mietshäusern.

Den breitesten Raum nehmen in der Ausstellung die Beispiele gemeinnütziger Bauartigkeit ein. Sie geben uns den Eindruck, daß in der Tat die gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften habendend auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus gewesen sind. Naturgemäß sind in erster Linie die gemeinnützigen Bauunternehmungen Badens berücksichtigt. Wir sehen Darstellungen und Pläne, Photographien von dem Mieter- und Bauverein Karlsruhe und der Gartenstadt Karlsruhe, dem Spar- u. Bauverein Mannheim und der gemeinnützigen Gartenstadtgenossenschaft Mannheim, der Immobilien-Gesellschaft Pforzheim, des gemeinnützigen Bauvereins Laub, ferner der gemeinnützigen Genossenschaft in Freiburg, Konstanz, Bad. Mheinfelden, Donaueschingen u. a. Von außerbadischen Unternehmungen verdienen besonders die Gartenstadt Siedfeld, die Gartenstadt Güttenau, die Gartenstadt Selterau, die Margarete-Strupp-Stiftung Essen, und die reizvolle Baugenossenschaftsiedlung Katterau Stuttgart, unser Interesse. Als Beispiele von industriellen Arbeiterdörfern sind die Anlagen von Krupp, Essen (Baurat Schmohl), Gmündersdorf in Neutlingen (Prof. Theodor Fißler), die Siedlung der Baugenossenschaft Breite, Schaffhausen (Prof. Moser), und die Kolonie im Cronauer Wald, Bergisch-Gladbach, zu erwähnen. Gute Kleinwohnungsbauten sind außerdem nach Entwürfen von Prof. Silzener, von Architekt Göttel, aus einer Sammlung des Bundes Sachlicher Heimatschutz und einer Sammlung der Großh. Badischen Eisenbahnverwaltung ausgestellt.

Die Ausstellung soll späterhin auch in anderen Städten gezeigt werden. Sicher werden die Bestrebungen der Wohnungsreform durch sie eine wichtige Förderung erfahren.

Personalmeldungen aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: Zu Postgehilfen: Karl Andres in Karlsruhe, Emil Krey in Untergrombach; zu Telegraphengehilfen: Wilhelm Kammer, Oskar Meßlein in Mannheim; zur Telegraphengehilfin: Theresie Gant in Weinheim; zum Postagenten Wilhelm Saurer in Rotensfels. — Ernann: zu Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Karl Hübner in Mannheim, Georg Karl in Karlsruhe. — Berufen: die Postassistenten: Heinrich Kraft von Rastatt nach Karlsruhe, Wil-

helm Kreppein von Mannheim nach Bruchsal, Gustav Käufelzahl von Gaggenau nach Bruchsal, Paul Mohr von Karlsruhe nach Pforzheim-Brüdingen, Arnold Ritter von Mannheim nach Heidelberg, Alfred Schäfer von Medesheim nach Weinheim, Philipp Schneider von Mannheim nach Karlsruhe. — Freiwillig ausgeschieden: der Postagent Johann Westermann in Rotensfels.

Heidelberg, 21. Mai. Auf das Ausschreiben wegen Beschaffung des Betrages von 2 1/2 Millionen Mark, der mit Zustimmung der Gemeindevertretung und nach der inzwischen erfolgten Staatsgenehmigung als erste Hälfte einer städtischen Anleihe von 5 Millionen Mark durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber demnächst aufgenommen werden soll, haben dem auf den 18. d. Mts. angesetzt gegebenen Termin mehrere Firmen Angebote abgegeben. Der Stadtrat hat die Lieferung des Betrages von 2 1/2 Millionen Mark dem Konsortium unter Führung der Rheinischen Kreditbank (Filiale Heidelberg) übertragen, da der Verleiher mit diesen Banken bei Abwicklung des ganzen Geschäftes dadurch erheblich vereinfacht und erleichtert wird, daß sie sich am Platze befinden.

Schwetzingen, 19. Mai. Bei den Bürgerauswahlen der 3. Klasse wurden bei der Wahl auf 6 Jahre gewählt 6 Sozialdemokraten, 2 Zentrum, 2 freie Bürgervereiner, 1 Fortschrittler und 1 Nationalliberaler. Bei der Wahl auf 3 Jahre ergab sich das gleiche Resultat.

Ottersheim, 20. Mai. Bei der Bürgerauswahl der 3. Klasse auf 6 Jahre erhielten die kathol. Bürgervereinigung 3 Sitze, die vereinigte bürgerliche Volkspartei 3 Sitze, die Fortsch. Volkspartei 1 Sitz und die Sozialdemokratie 3 Sitze.

Wiesloch, 19. Mai. Bei der Bürgerauswahl in Waldorf wurden von der 2. Klasse gewählt 7 Mitglieder der Fortsch. Volkspartei, 7 Mitglieder der freien Bürgervereinigung und 6 Mitglieder des Zentrums.

Baden, 21. Mai. Der dritte internationale Bundestag landwirtschaftlicher Genossenschaften wurde heute vormittag durch den Bundesvorsitzenden Geheimrat Haas-Darnstadt mit einer herzlichen Begrüßungsansprache eröffnet. Anwesend sind etwa 200 Delegierte und zahlreiche Regierungsvertreter, darunter Ministerialrat Arnold im Auftrag des badischen Ministeriums des Innern und Ministerialrat Hiltnerberg-Strasbourg, der das Ministerium für Elsaß-Lothringen und zugleich die Reichsbehörden vertritt. Sämtliche dem Bunde angehörige Länder, und zwar Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, die Niederlande, Dänemark, Serbien, Bulgarien und Finnland haben Delegierte entsandt. Die stärkste Vertretung weist Deutschland mit 130 Delegierten auf. An den Kaiser und den Großherzog wurden Guldigungs-telegramme gerichtet. Aus den Verhandlungen ist die Änderung des Statuts hervorzuheben, wonach künftig nicht nur europäische, sondern auch außereuropäische Genossenschaften dem Bunde als Mitglied beitreten können. Derselbe zählt gegenwärtig 40 000 Genossenschaften.

Bühl, 20. Mai. Der Bürgerauswahl hatte sich in seiner letzten Sitzung nochmals mit dem Vorschlag zu beschäftigen. Der Antrag, der Gemeinderat möge den Umlagesatz von 27 auf 26 Pfennig ermäßigen, wurde angenommen.

Rehl, 19. Mai. In Anwesenheit der bürgerlichen und militärischen Behörden fand letzte Woche die Grundsteinlegung der neuen katholischen Kirche statt.

Zuverlässigkeitsflug.

B. Freiburg, 20. Mai. Am gestrigen Sonntag, gegen Abend, fanden auf dem Exerzierplatz Schanflüge statt, zu welchen sich die Aviatiker Penz, Hannicke und Mannhardt eingefunden hatten, während drei weitere angemeldete Flieger ausgeblieben waren. Eine ungeheure Menschenmenge war nach dem Exerzierplatz geströmt und zugleich war der Schloßberg mit Zuschauern angefüllt. Die Geduld der Sarrenden wurde allerdings auf eine lange Probe gesetzt, da der Aufstieg, der auf 5 Uhr angelegt war, bedeutend später erst beginnen konnte. Penz erhielt die Start- und sämtliche erste Preise, während die beiden anderen Flieger leer ausgingen.

Freiburg i. Br., 21. Mai. Zweiter Deutscher Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein. Zur 7. und letzten Etappe Freiburg-Konstanz über den Schwarzwald starteten heute morgen vom hiesigen Flugplatz aus Oberleutnant Varends 4.35 Uhr, Leutnant Mahle 4.36 Uhr, Rittermeister Graf Wolfsteil 4.38 Uhr, Girth 4.53 Uhr. Wie von Konstanz gemeldet wird, sind die Flieger dort mit folgenden Ankunftszeiten eingetroffen: Girth 6.08 Uhr, Varends 6.10 Uhr, Wolfsteil 6.14 Uhr, Mahle 6.14 Uhr 10 Sec. Leutnant Fißler ist 6.36 Uhr in der Richtung auf Basel abgeflogen. Er beabsichtigt, daß Meindl entlang den Weg nach Basel zu nehmen, da sein Motor die Überquerung der Schwarzwaldberge nicht zuläßt. Gegen 5.30 Uhr erschien das neue Luftschiff „3. 12“, das um 2.30 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen war, mit dem Grafen Zeppelin in der Gondel über Freiburg. Es kehrte nach einer prächtigen Schleifenfahrt und Kreuzflügen nach Friedrichshafen zurück. Bei den gestrigen Schanflügen hat der Apparat des Oberleutnants zur See Hartmann eine Beschädigung am Gestell erlitten, so daß dieser den Weiterflug nach Konstanz aufgeben mußte.

Freiburg, 21. Mai. Die „Schwaben“ kam um 8 Uhr 34 Min. hier an, wechselte die Passagiere und fuhr wegen drohender Gewitterbildung sofort nach Baden-Dos zurück. Infolgedessen müssen die beabsichtigten Passagierflüge unterbleiben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 20. Mai. Wie offiziös verlautet, wird die deutsch-französische Kommission, die die Arbeiten für die Feststellung der neuen Grenze zwischen Kamerun und französisch-Kongo vorbereiten soll, anfangs Juni in Bern zusammenzutreten. An der Spitze der französischen Kommissionsmitglieder wird der Direktor im Ministerium des Innern Comte stehen.

Konstantinopel, 21. Mai. Da der Kriegsminister verhindert ist, das Zimmer zu verlassen, ist der Ministerrat im Kriegsministerium zusammengetreten. Er beschäftigte sich mit der Ausweisung der Italiener und mit der

Lage in Albanien. Der General Abdula Pascha wurde zum Kommandanten der in der Gegend von Prizrend und Tref konzentrierten Truppen ernannt. Die Zahl der hier anwesenden Italiener beträgt 1200. Die Zahl der Italiener in der ganzen Türkei wird auf 50 000 geschätzt.

Konstantinopel, 21. Mai. Der „Sabah“ zufolge wird der Beschluß betreffend die Ausweisung der Italiener tatsächlich damit begründet, daß die Italiener die Zivilbeamten von Rhodos entgegen dem Völkerrecht als Kriegsgefangene erklärten und nach Italien gebracht haben, außerdem damit, daß die Besetzung von Rhodos, welche auf den Ausgang des Krieges keinen Einfluß habe, die Empörung gegen die Italiener noch mehr gesteigert habe. Die „Jeni Gazetta“ begrüßt den Ausweisungsbefehl.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Otto Graf, Bademeister. — B.: Georg Kopp, Schuhmacher. — B.: Bruno Lang, Schriftsetzer. — Ein Mädchen: B.: Artur Arbeit, Weisgerber. — B.: Wilhelm Geiß, Holzbildhauer. — B.: Peter Dufnagel, Schlosser. — B.: Wilhelm Herrmann, Bierführer.

Eheaufgebote. Moritz Leberer von Diersburg, Kaufmann in Diersburg, mit Frieda Maier von Malsh. — Hermann Zumband von Dunningen, Kaufmann hier, mit Theresie Werle von Bruchsal. — Herbert Hesse von St. Petersburg, Student hier, mit Frieda Ulrich von hier. — Karl Ritzmann von Oelze, Gastwirt in Maffersberg, mit Sophie Thoma von Eichel. — Karl Stumpf von Helmstadt, Friseur in Helmstadt, mit Antoinette Vitz von hier. — Johann Schumacher von Bornheim, Porzellanmaler in Bornheim, mit Hulda Wühling von Zedlitz. — Leopold Mannheimer von Schmiedheim, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Erna OrNSTEIN von hier.

Eheschließungen. Franz Vogel von Egenstein, Tagelöhner hier, mit Anna Krauß von Schaidt. — Wilhelm Seiler von Ottersweier, Schmied hier, mit Rosa Wehinger von Ottersweier. — Fritz Drehfuß von Gernsbach, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Lilly Vielesfeld von hier. — Wilhelm Ruf von hier, Kaufmann hier, mit Emilie Ochs von hier. — Lorenz Nieger von hier, Reisender hier, mit Rosa Silberbauer von Mannheim. — Joh. Mannberg von Münzesheim, Fuhrunternehmer hier, mit Emma Kull von Neufach. — Karl Schumacher von hier, Kaufmann hier, mit Sophie Emmann von hier. — Ludwig Sed von hier, Tischarbeiter hier, mit Elise Knüdel von Stuttgart. — Friedrich Langohr von Wöhrstrot, Müller in Friedrichstal, mit Dina Bender von Sengen.

Todesfälle. Leopold Weß, Schlossermeister, Chemann. — Paul, B.: Johann Weid, Schlossdiener. — Gilda, B.: Gregor Esche, Koblenner.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 21. Mai 1912.

Die gestern westlich von Island erschienene Depression hat sich nunmehr über den größten Teil des Festlandes, sowie über die Nord- und Ostsee ausgebreitet; die Luftdruckunterschiede sind dabei sehr gering und vielfach haben sich flache Minima ausgebildet. Diese haben schon in den gestrigen Abendstunden Anlaß zu Gewitterbildungen gegeben und verursachen heute meist trübes, zu Gewitterregen neigendes Wetter; dabei liegen die Morgentemperaturen meist noch etwas höher als gestern. Barometrische Maxima befinden sich im hohen Nordwesten und im Südosten Europas. Unser Gebiet wird auch morgen noch im Bereich der Depression bleiben; es sind deshalb bei meist trübem Himmel vielerorts Gewitter zu erwarten, darnach steht Abkühlung, die aber zunächst nur gering sein wird, in Aussicht.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 21. Mai, früh.

Lugano bedeckt 16 Grad, Triest halbbedeckt 19 Grad, Florenz bedeckt 15 Grad, Rom bedeckt 14 Grad, Cagliari bedeckt 16 Grad, Brindisi heiter 18 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Wol. hoch in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
20. Nachts 9 ⁰⁰ U.	746.2	19.4	12.3	74	WSW	Gewitter
21. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	747.4	16.2	10.7	78	WS	heiter
21. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	744.5	22.6	12.4	61	NO	bedeckt

Höchste Temperatur am 20. Mai: 25.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 15.5. Niederschlagsmenge, gemessen am 21. Mai, 7⁰⁰ früh: 0.7 mm.

Wasserstand des Rheins am 21. Mai, früh: Schusterinsel 2.73 m, gefallen 7 cm; Rehl 3.48 m, gefallen 5 cm; Maxau 5.11 m, gefallen 6 cm; Mannheim 4.42 m, Stillstand.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nationalflugpende.

Bei der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Luftflottenvereins gingen weiter ein: Med.-Rat Dr. Brian 10 M.; Frau Jodert 10 M.; H. Goethe 22 M.; Major z. D. C. von Frisching 40 M.; Frä. Amelie Maier 10 M.; Oberfeldwebel A. Groß, Gymnasium 25 M.; 50 Pf.; Finanzminister Dr. Rheinboldt 40 M.; Professor Geisendorfer 5 M.; A. Burkhorn 2 M.; M. A. 2 M.; v. Bischoffshausen 5 M.; A. D. 1 M.; II. A. Groß, Gymnasium 30 M.; W. Sch. 3 M.; Ministerialrat v. Wipleben 20 M.; Frau S. 10 M.; Dr. Otto Ammann 10 M.; Landgerichtsrat Baumgärtner 10 M.; Kanzleirat Wilh. Kull 3 M.; Brauereidirektor Karl Moninger 50 M.; Brauereidirektor Stephan Moninger 50 M.; Untertertia b. Goethe 22 M.; zusammen 381 M.; von früheren Sammlungen 4145.90 M.; im ganzen 4526.90 M.

Weitere Beiträge nehmen entgegen: die Expedition dieser Zeitung, die Filiale der Rheinischen Kreditbank und die durch Plakate kenntlichen Sammelstellen.

Gegen das Altern
Dr. Hommel's Haematogen
WARNUNG! Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel**.

Zur Kieler Woche

nach Kiel und Travemünde mit dem Doppelschraubendampfer „Bremen“ vom 17. Juni bis 2. Juli 1912

In Karlsruhe i. B.: General-Agentur für Baden & Rhein, Karl-Friedrichstraße 22, Ecke Erbprinzenstraße.

Freudenstadt, Pension Barth.

Das ganze Jahr geöffnet. Erholungsbedürftige finden bei guter Verpflegung angenehmen Aufenthalt.

Staad-Saenen (Montreux - Berner Oberlandbahn) Hotel - Pension Alpenruhe.

Herrenalpb Das Paradies des nördl. Schwarzwaldes.

Linie: Karlsruhe Herrenalpb. o. Frequenz: 10.000 Kurgäste ohne Passanten.

Interlaken Savoy-Hotel. Neues bautes modernes Haus ersten Ranges.

Hotel National. 250 Betten. Im Zentr. der Promenaden.

Maloja (Schweiz) 1811 m über dem Meer - Bevorzugtester Sommeraufenthalt im Ober-Engadin

„PALACE - HOTEL“

400 Zimmer. - 60 Privatbäder. - Jeder erdenkliche Komfort.

Seebad Middelkerke bei Ostende. Villa des Rosearies, empf. Familienpens. m. Aussicht a. Meer.

Residenz-Theater, Waldstr. 30

Ein Sommerabenteuer von ersten nordischen Künstlern gespielt, ein wahrer Kunstfilm in 2 Akten.

Sandalen

Größte Auswahl aller Arten Die Reformhaus-Sandalen zeichnen sich aus durch vollendeten Sitz, allerbeste Qualitäten, schönes Aussehen.

Möbelmagazin vereinigter Schreinermeister

Telephon 114 eingetr. Genossenschaft m. unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883 Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Table with 4 columns: Aktiva, Passiva, and sub-columns for various financial items and their values.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, A.-G.

KARLSRUHE Kaiserstrasse 146 Telefon 840 Ausführung aller bankmäß. Geschäfte

Materialien für Steinputz Kunststeinmischungen

Vorsatzmasse empfiehlt in bester wetterbeständiger Ware Otto Leube, Ulm a. D.

Stets frische Möbeneier

empfehlen C.621 V. Merkle Karlsruhe Hoflieferant, Kaiserstraße 160.

BADEN-BADEN Wohnungs-Nachweis

für Kurgäste u. Jahresmieter W. Wolf, nächst dem Bahnhof.

Kohlensäure Bäder

aus natürlicher Kohlensäure ohne Essenzen hergestellt. Mit bestem Erfolg angewendet bei Nervenkrankheiten, Neuralgien, Frauenkrankheiten, Magen- und Unterleibsleiden.

Friedrichsbad

Frau Heck, Friseurin: Hirschstr. 12 Damensalon f. Frisieren und Kopfwaschen.

auch die Vertragsbedingungen zur Einsicht offen liegen. Auskunft erteilt die unterzeichnete Stelle.

Maurer- und Steinhauerarbeiten für die Bahnhöfe, Hallenpfeiler und einem Aufzugschacht im neuen Personenbahnhof Karlsruhe nach Ministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben.

Plan und Bedingnisbestimmungen auf unserer Kancellei, Linnestrasse 5, zur Einsicht sein lassen nach auswärts für den Bau des Strangröhren Vorprojekts zugelassen.

Materialien für Steinputz Kunststeinmischungen Vorsatzmasse empfiehlt in bester wetterbeständiger Ware Otto Leube, Ulm a. D.

Verstehene Bekanntmachungen. Stellen-Bergebung. Beim unterzeichneten Amte ist die Stelle eines technischen Gehilfen (evtl. mit einem Geometerkandidaten) alsbald zu besetzen.

Wasser-Verforgung der Muddachgruppe. (Anschluss der Orte Waldauerbach, Oberseidenthal und Reisenbach) (Eisenbahnstation Muddach).

Verstehene Bekanntmachungen. Stellen-Bergebung. Beim unterzeichneten Amte ist die Stelle eines technischen Gehilfen (evtl. mit einem Geometerkandidaten) alsbald zu besetzen.

Wasser-Verforgung der Muddachgruppe. (Anschluss der Orte Waldauerbach, Oberseidenthal und Reisenbach) (Eisenbahnstation Muddach).

Verstehene Bekanntmachungen. Stellen-Bergebung. Beim unterzeichneten Amte ist die Stelle eines technischen Gehilfen (evtl. mit einem Geometerkandidaten) alsbald zu besetzen.

Wasser-Verforgung der Muddachgruppe. (Anschluss der Orte Waldauerbach, Oberseidenthal und Reisenbach) (Eisenbahnstation Muddach).

Verstehene Bekanntmachungen. Stellen-Bergebung. Beim unterzeichneten Amte ist die Stelle eines technischen Gehilfen (evtl. mit einem Geometerkandidaten) alsbald zu besetzen.

Wasser-Verforgung der Muddachgruppe. (Anschluss der Orte Waldauerbach, Oberseidenthal und Reisenbach) (Eisenbahnstation Muddach).

Verstehene Bekanntmachungen. Stellen-Bergebung. Beim unterzeichneten Amte ist die Stelle eines technischen Gehilfen (evtl. mit einem Geometerkandidaten) alsbald zu besetzen.